

## Niederschrift

über die Sitzung des Rates am Dienstag, dem 28. Oktober 2008, im Weißen Saal des Conversationshauses.

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung:	17.40 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung:	17.55 Uhr
Beginn der öffentlichen Sitzung:	18.00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung:	20.43 Uhr

### Anwesende Ratsmitglieder:

BM Salverius  
RV Bakker-Dinkla  
RM Aldegarmann  
RM Budde  
RM Harms  
BG Ennen  
RM Moroni  
BG Meyer  
RM Nüchter  
RM Onnen, J.  
RM Onnen, B.  
2. stv. BM/stv. RV Plavenieks  
RM Pohl  
1. stv. BM Rass  
RM Stange ab TOP 10  
RM Terfehr  
BG Vollmer  
RM Wehlage

### Von der Verwaltung:

AV Ulrichs  
StAR Karow  
StAR Vißer  
StA Uden  
Verw.- Ang. Müller für die Niederschrift

### Entschuldigt fehlt:

BG Visser

### Außerdem anwesend:

GF Saathoff  
GF Loth ab TOP 4

## Tagesordnung

### Die TOP 1. – 9. wurden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

10. Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung  
RV Bakker-Dinkla eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. 1. stv. BM Rass beantragt die Ergänzung der Tagesordnung gemäß Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen um den Punkt „Fluhaney - Verlustabdeckung“. BM Salverius erklärt, dass dieser Antrag nicht vergessen wurde, sondern im zuständigen Gremium Gesellschafterversammlung Fluhaney behandelt wurde. Es konnte davon ausgegangen werden, dass die Angelegenheit erledigt ist. Der Antrag zur Erweiterung des Tagesordnungspunktes wird mit 4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.  
BM Salverius erläutert den Beschluss der Gesellschafterversammlung, nach dem die Start- und Landegebühren entsprechend dem Beispiel der Insel Langeoog angepasst werden sollen und nach weiteren Einsparmöglichkeiten zu suchen ist. Wenn ein weiterer Beratungsbedarf bestehen würde, sollten die Grünen einen neuen Antrag einbringen.
11. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Ratssitzung am 30.06.2008 sowie am 08.09.2008  
RM Moroni merkt an, dass er eine schriftliche Eingabe gemacht habe zur Korrektur der Niederschrift vom 30.06.2008. BM Salverius erklärt, dass das Protokoll mit der von RM Moroni geforderten Änderung unter TOP 9 b) wie folgt ergänzt wird:  
“RM Moroni weist die Behauptungen des Bürgermeisters als unwahr zurück und bittet um die Herausgabe einer Kopie des Vermerks.“  
BM Salverius betont, dass für ihn keine Veranlassung bestehe, den von RM Moroni angesprochenen Vermerk herauszugeben. RM Moroni könne gern zu ihm ins Büro kommen und dort Einsicht nehmen.  
1. stv. BM Rass betont, dass es Dinge gebe, die nicht in die Öffentlichkeit gehören, daher sollte RM Moroni sich bei BM Salverius persönlich erkundigen. BM Salverius erklärt, dass insbesondere Ratsmitglieder gerade auch in den Räumen des Rathauses sich gegenüber Dritten zurückhalten sollten.  
RM Moroni erwidert, dass er lediglich eine rechtliche Beratung gegeben und keine Tatsachen nach außen getragen habe.  
Die Niederschrift vom 30.06.2008 wird mit 16 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.  
Die Niederschrift vom 08.09.2008 wird mit 14 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen genehmigt.
12. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse  
BM Salverius gibt bekannt, dass mehrheitlich beschlossen wurde, die Sitzung um 20.00 Uhr zu beenden. Im Übrigen wurden die gefassten Beschlüsse dargestellt.
13. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt  
Der Bericht des Bürgermeisters ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.  
  
2. stv. BM Plavenieks unterstreicht, dass die bislang gelieferten Zahlen nicht ausreichend seien. Sobald diese vorliegen, wolle man ein wirtschaftliches Konzept für das Haus der Insel vorlegen. Der große Saal sollte als Alleinstellungsmerkmal nicht ohne weiteres aufgegeben werden.  
  
RM Moroni erklärt, dass im Aufsichtsrat der WBN beschlossen wurde, wie jeder andere Bauträger am Markt tätig zu sein. Es würden dort Geschäfte zur Aufbesserung der eigenen Finanzen gemacht. Die Stadt und auch die WBN könnten aber nur im Rahmen des Gemeinwohls tätig sein.  
RM Wehlage erwidert, dass RM Moroni sich dann an die Kommunalaufsicht wenden könne. Der Beschluss sehe nicht vor, dass sich die Stadt bereichere, sondern dass man im Einzelfall tätig sein könne.  
RM Aldegarmann ergänzt, dass die WBN den Immobilienmarkt so im Auge behalte könne. Der Aufsichtsrat und der Rat werden im Einzelfall die Beschlüsse fassen.

RM Moroni äußert sein Unverständnis darüber, dass der Vorschlag der FWN zur Berücksichtigung eines Erbbaurechts abgelehnt wurde mit der Begründung, dass man dann keine maximalen Gewinne erreichen könne.  
RM Wehlage merkt an, dass die Verkäufe bei der Liegenschaft Mühleneck mit einem Erbbaurecht durchgeführt wurden.

RM Aldegarmann erkundigt sich, warum die Finanzierung des Info-Center am FKK-Strand in Frage gestellt sei. BM Salverius antwortet, dass die ersten Kostenermittlungen bereits einige Jahre zurückliegen. Es ergeben sich heute höhere Kosten und dadurch inzwischen eine Finanzierungslücke von mindestens 80.000 €. Man stelle jetzt Überlegungen an, eine solche Information im Rahmen des Nationalparkhauses anzubieten.

14. Änderung der Wertgrenze für Geschäfte der laufenden Verwaltung  
BG Ennen erklärt, dass für ihn die Notwendigkeit dieser Änderung nicht erkennbar sei, weil der Verwaltungsausschuss regelmäßig tage und es im Notfall die Möglichkeit der Eilentscheidung gebe.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen folgenden Beschluss:  
Die Wertgrenze für Geschäfte der laufenden Verwaltung gem. § 62 Abs. 1 Nr. 6 NGO für den Bürgermeister wird auf 25 T€ festgesetzt.**
15. Beschluss über die Änderung der Geschäftsordnung  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst einstimmig folgenden Beschluss:  
Die §§ 17 u. 22 der GO der Stadt Norderney legen fest, dass allen Verwaltungsausschuss- und Ratsmitgliedern innerhalb von zehn Arbeitstagen eine Ausfertigung der Niederschrift zugeleitet wird.**
16. Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb TDN  
BG Ennen führt aus, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne, weil derjenige, der letztlich das Sagen habe, auch die Verantwortung tragen müsse.  
RM Stange bemängelt, dass dieser Beschluss nicht vorher im Werkausschuss beraten wurde. RM Budde stimmt dem zu. Er könne deshalb ebenfalls nicht zustimmen.  
RM Moroni merkt an, dass es sich hier nur um eine Klarstellung handelt. Der Bürgermeister habe ohne hin das Recht, diese Dinge zu regeln.  
1. stv. BM Rass betont, dass der Eigenbetrieb unangetastet bleibe. Durch die geplante Maßnahme werde eine sinnvolle Zusammenarbeit erreicht.  
RM Wehlage schlägt vor, dass Thema in der nächsten Werkausschusssitzung zu diskutieren.  
BM Salverius erklärt, dass die Einrichtung der TDN sinnvoll gewesen sei. Erfahrungsgemäß sei es aber so, dass Betriebsteile, die ausgegliedert werden, ein Eigenleben entwickeln. Solche Strukturen könne man sich aber nicht leisten. Es müsse zusammengearbeitet werden. Es obliege dem Bürgermeister, die Betriebsstruktur zu organisieren. Der Werkausschuss habe sich nicht damit befasst, weil die Notwendigkeit nicht bekannt war.  
BG Ennen unterstreicht, dass der Inhalt der Satzung bewusst so gefasst worden sei. Es sollte gerade eben nicht wieder eine Zwischenebene für Entscheidungen geschaffen werden. Die geplante Änderung sehe er durchaus als Eingriff in die Struktur.  
1. stv. BM Rass meint, dass oftmals Strukturen um die Personen herum gebaut werden. Das Thema sollte in den Werkausschuss zurück überwiesen werden, bevor es heute zu einer Ablehnung kommt.  
RM Aldegarmann betont, dass nicht um Personen herumgebastelt wurde. Es sollte wirtschaftlich gehandelt werden, daher habe man auch den Werkleiter entsprechend gestellt. Es sollte gerade nicht ein Fachbereichsleiter das Sagen habe, der nicht wirtschaftlich verantwortlich ist.  
**RM Wehlage beantragt, dass der Werkausschuss sich noch einmal mit dem Thema befasst, gegebenenfalls in nichtöffentlicher Sitzung und danach wiederum der Rat.  
Dem Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen zugestimmt.**  
BM Salverius bedauert die Entscheidung, nachdem der Verwaltungsausschuss zuvor anders entschieden habe. Gerade diese Situation habe er verhindern wollen. Wie zuvor angekündigt, werde er die Organisation nun über eine Dienstanweisung regeln.
17. Beschluss über den Pachtvertrag mit der Firma EKO-PLANT Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft für das Gelände des Recyclingplatzes an der ehemaligen Deponie Südstrandpolder und den Vertrag zur Betriebsüberlassung der Klärschlammvererdungsanlage Norderney  
1. stv. BM Rass meint, dass die Stadt die Leistung mit Hilfe der TDN auch selbst erbringen könne.  
RM Moroni merkt an, dass bei § 3 die Formulierung „Euro/a“ durch „Euro/p.a.“ zur Klarheit ersetzt werden sollte. RM B. Ennen führt aus, dass das Gelände an der Deponie wieder eingezäunt werden sollte, um Gefährdungen auszuschließen. BM Salverius erklärt, dass der Hinweis bereits weitergegeben wurde.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 14 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:  
Dem Pachtvertrag mit der Firma EKO-PLANT Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft für ökotechnische Anlagen mbH für das Gelände des Recyclingplatzes an der ehemaligen Deponie Südstrandpolder und dem Vertrag zur Betriebsüberlassung der Klärschlammvererdungsanlage Norderney mit Wirkung ab 01.01.2009 wird zugestimmt.**
18. Beschluss zur Änderung der Erhaltungssatzung Nr. 5 der Stadt Norderney: Ergänzung zum Milieuschutz  
RM Moroni betont, dass der ungezügelte Bau von weiteren Zweitwohnungen verhindert werden müsse. BM Salverius erwidert, dass man jetzt gerade in diesem Sinne handelt.  
1. stv. BM Rass merkt an, dass man hier im Bebauungsplan die Festsetzung „Personalwohnungen“ hatte. Zu dieser Festsetzung müsse man auch weiterhin stehen.  
RM Wehlage erinnert, dass die Grünen seit langem flächendeckende Bebauungspläne fordern.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst einstimmig folgenden Beschluss:  
Aufgrund der Regelungen des § 172 BauGB beschließt der Rat der Stadt Norderney die bestehende Erhaltungssatzung Nr. 5 um die Milieuschutzregelung zu ergänzen.**
19. Beratung und Beschlussfassung über die Kalkulation des Kurbeitrages  
1. stv. BM Rass stellt den Antrag, dass der Kurbeitrag für den Tagesaufenthalt erhöht wird um 0,20 € von 1,80 € auf 2,00 €. AV Ulrichs erklärt, dass die Kalkulation den Betrag von 1,80 € ergeben habe. Zudem seien die Beträge bereits veröffentlicht. Man könne den Antrag für das nächste Jahr berücksichtigen.  
Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:  
Die Kurbeitragskalkulation 2009 wird unter Grundlage der vorgelegten Kalkulation mit den daraus resultierenden Kurbeitragsätzen**

**Übernachtungsaufenthalt:**

Erwachsene (ab 18 Jahre)	3,00 €	1,50 €
Jugendliche (14 bis einschließlich 17 Jahre)	1,50 €	0,70 €

**Tagesaufenthalt:**

Erwachsene und Jugendliche (14 – 17)	1,80 €	0,90 €
--------------------------------------	--------	--------

beschlossen. Die Kurbeitragssatzung vom 17.12.07 bleibt diesbezüglich unverändert.

20. Beratung und Beschlussfassung über die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer für die Stadt Norderney (Vergnügungssteuersatzung)  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 17 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:**  
**Die Satzungen über die Erhebung von Vergnügungssteuer für die Stadt Norderney (Vergnügungssteuersatzungen) werden in der Fassung des dieser Vorlage beigefügten Entwurfs einer Artikelsatzung beschlossen.**  
**Die Artikelsatzung tritt zum 01.01.2009 in Kraft. Die Vergnügungssteuersatzung vom 11.12.1985 nebst Änderungssatzungen treten gleichzeitig außer Kraft.**
21. Beratung und Beschlussfassung über die 5. Satzung zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Norderney vom 06.12.1995  
 BG Ennen meint, dass die Änderung zu einer Mindereinnahme führen werde. StA Uden führt aus, dass die Satzungsänderung aufgrund von Gerichtsurteilen nötig gewesen sei.  
 RM Wehlage merkt an, dass im nächsten Jahr auch die Campingplätze von der Satzung erfasst werden sollen. AV Ulrichs erklärt, dass dazu noch eine öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und städt. Beteiligungen stattfinden werde.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 17 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:**  
**Der 5. Satzung zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Norderney vom 06.12.1995 wird in der Fassung des beiliegenden Satzungsentwurfes vom 02.09.2008 mit Wirkung zum 01.01.2009 zugestimmt.**
22. Beratung und Beschlussfassung über die 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000  
 RM Aldegarmann regt an, dass von Zeit zu Zeit auch die Angaben zu überprüfen, weil z. B. im Bereich Up Süderdün die Flächenversiegelung auf den Grundstücken stark zugenommen habe. Die Gebühren seien aber bei allen Anliegern gleich geblieben.  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst einstimmig folgenden Beschluss:**  
**Hiermit wird die 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000 in der Fassung des dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfs mit den Gebührensätzen**
- |  |                        |
|--|------------------------|
| Abwassergebühr je cbm Schmutzwasser  | 1,71 € (z. Zt. 1,79 €) |
| Abwassergebühr für die Beseitigung von Niederschlagwasser beträgt je qm bebaute und befestigte Fläche jährlich | 0,71 € (z. Zt. 0,58 €) |
- mit Wirkung vom 01.01.2009 unter Grundlage der vorgelegten Kalkulation beschlossen.**  
**Der Kalkulation der Abwassergebühren 2009 liegt ein Mischzinssatz von 6 % zu Grunde und die Abschreibungen erfolgen linear vom Wiederbeschaffungszeitwert. Die Abschreibungssätze ergeben sich aus den rechtlichen Vorgaben.**
23. Beratung und Beschlussfassung über die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 20.12.2006  
**Der Rat der Stadt Norderney fasst mit 16 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:**  
**Hiermit wird die 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) vom 12.12.2006 mit den Gebührensätzen**
- | <b>Reinigungsgebühr mit Winterdienst:</b> |         | <b>Reinigungsgebühr ohne Winterdienst:</b> |         |
|---|---------|--|---------|
| Reinigungsklasse 1                        | 3,22 €  | Reinigungsklasse 1                         | 2,40 €  |
| Reinigungsklasse 2                        | 4,06 €  | Reinigungsklasse 2                         | 3,74 €  |
| Reinigungsklasse 3                        | 5,46 €  | Reinigungsklasse 3                         | 6,14 €  |
| Reinigungsklasse 4                        | 7,82 €  | Reinigungsklasse 4                         | 10,00 € |
| Reinigungsklasse 5                        | 8,96 €  | Reinigungsklasse 5                         | 11,84 € |
| Reinigungsklasse 6                        | 10,72 € | Reinigungsklasse 6                         | 14,80 € |
- in der Fassung des dieser Sitzungsvorlage beigefügten Entwurfs mit Wirkung vom 01.01.2009 unter Berücksichtigung der anliegenden Kalkulation beschlossen.**
24. Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben  
 Der Rat der Stadt Norderney stimmt folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben mit 17 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu:
- VW 366.5006 (Grundstücksunterhaltung Mühle) in Höhe von 4.500 €  
 Deckungsvorschlag: Minderausgabe bei VW 630.5110 (Straßenunterhaltung)
  - VW 700.5130 (Unterhaltung Kläranlage) in Höhe von 20.500 €  
 Deckungsvorschlag: Mehreinnahme bei VW 90.003 (Gewerbsteuer)
  - VM 72.941 (Sanierung Deponie Südstrandpolder in Höhe von 100.000 €  
 Deckungsvorschlag: Mehreinnahme bei 90.003 (Gewerbsteuer)
- Von der nachfolgenden überplanmäßigen Ausgabe in Form einer Eilentscheidung wird Kenntnis genommen:  
 VW 54.7181 (Zuschuss an Förderverein Krankenhaus) in Höhe von 50.000 €  
 Deckung: Mehreinnahme bei 90.003 (Gewerbsteuer)
25. Antrag der FWN: Zukünftige Verkehrsregelung auf Norderney  
**BG Ennen beantragt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und des Beschlusses, die Sitzung um 20.00 Uhr zu beenden, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen bis zur nächsten Ratssitzung, die schnellstmöglich stattfinden soll oder hilfsweise eine Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr durchzuführen.**

**Dem Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt.**

26. Mitteilungen der Verwaltung  
Keine

27. Anträge und Anfragen

- a) RM Budde fragt, ob man Herrn Ole West einen Ausstellungsraum zur Verfügung stellen könne. StAR Karow antwortet, dass Herr West dann einen Antrag stellen müsste. RM Terfehr merkt an, dass das Bademuseum eine Ole-West-Ausstellung plane. BM Salverius stellt fest, dass die Stadt das Thema aufgreifen werde.
- b) 2. stv. BM Plavenieks fragt nach der Regenentwässerung in der Nordhelmsiedlung. BM Salverius antwortet, zu einem Schreiben von dortigen Anliegern werde es ein Antwortschreiben geben. RM Moroni ergänzt, dass es auch im Bereich der Halem-/Heinrichstraße Probleme gebe. BM Salverius erläutert, dass hier ein Aufschluss der Regenentwässerung zur Kaiserstraße nötig wäre. Es sei aber nicht sinnvoll nur die Regenentwässerung zu erneuern. Das müsse gleichzeitig mit der Erneuerung der gesamten Straße erfolgen. Es gebe einen mit den WBN erarbeiteten Prioritätenkatalog. An erster Stelle stehe hier die Gartenstraße. RM J. Onnen meint, dass es bei Starkregenereignissen immer Probleme geben werde.
- c) RM Moroni fragt, wann die nächste Ratssitzung stattfinden könne, weil abzusehen sei, dass in dieser Sitzung nicht alle Punkte behandelt werden können. BM Salverius schlägt vor, die nächste Sitzung für den 17.11.08 vorzusehen. Dem Vorschlag wird nicht widersprochen.
- d) RM Wehlage fragt nach dem Stand in der rechtlichen Auseinandersetzung hinsichtlich des Fünf-Sterne-Hotels. BM Salverius erklärt, dass am nächsten Mittwoch in Aurich ein Gerichtstermin zur Auflassungsvormerkung stattfinden werde. Es laufe auch noch ein Insolvenzverfahren im Hamburg.
- e) RM Wehlage fragt, ob für die Aufbringung von Sand aus Bauvorhaben auf die Bürgermeisterwiese Gebühren genommen würden. BM Salverius erläutert, dass dies nicht der Fall sei. Wenn die Firmen sauberes Sandmaterial einbringen und die Entwässerungsanlagen entsprechend anpassen, sei das für die Allgemeinheit vorteilhaft. Wenn so etwas gewünscht sei, müsse ein entsprechender Antrag gestellt werden.
- f) RM Budde verweist auf eine Äußerung von RM Wehlage in der letzten Sitzung des Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städt. Beteiligungen. Bei einer von RM Wehlage angeregten Ausschreibung der Straßenreinigung und des Winterdienstes müsse man bedenken, wie viele Norderneyer bei der TDN arbeiten. Firmen würde vielfach nur Stundenlöhne von 3,50 € zahlen. RM Wehlage meint, dass die TDN sich dem Wettbewerb stellen sollte und auch wettbewerbsfähig sei. Die Stadt sei tarifgebunden. Norderneyer Unternehmen könnten z.B. die Müllkorbleerung übernehmen. BG Ennen führt aus, dass durch die Gründung der TDN bereits viele Einsparungen für die Stadt möglich wurden.
- g) RM Moroni spricht die Veröffentlichung von Herrn Giebel in der Badezeitung an zum Thema Renaturierung des Freibadgeländes an. BM Salverius führt aus, dass man die dortigen Anlagen nicht einfach zuschütten könne. Die bisherige Verfüllung sei nach seiner Auffassung auch nicht in Ordnung. RM Moroni erklärt, dass es keine Pflicht gebe, Anlagen zu entfernen.

28. Einwohnerfragestunde

- a) Herr Künzer fragt, warum es eine Vertagung der Sitzung gebe. 2. stv. BM Plavenieks antwortet, dass noch weitere Sitzungen im Anschluss stattfinden würden. Der Tagesordnungspunkt zum Verkehr sei leider erst als 25. Tagesordnungspunkt angesetzt worden.
- b) Herr Künzer merkt an, dass das Thema der Erhöhung des Tageskurbeitrages im Fachausschuss bereits diskutiert wurde. Er fragt nach der Aufgabe der Fachausschüsse. BM Salverius antwortet, dass in den Fachausschüsse die Beschlüsse des Rates vorbereitet werden.
- c) Herr Jentsch verweist auf die Pressemitteilung von RM Moroni zum Immobilienmarkt und fragt, ob er wolle, dass sich die WBN nicht mehr daran beteiligen, sondern den Spekulanten der Markt überlassen werden soll. RM Moroni antwortet, dass er sich dafür einsetze, Norderneyern den Erwerb von Grund und Boden zu erschwinglichen Preise zu ermöglichen. Jetzt sei geplant, dass die Stadt bzw. die WBN ihre Liegenschaften zu Maximalgewinnen veräußern wolle. BM Salverius widerspricht dem.
- d) Herr Saathoff fragt nach dem Fragebogen des Landkreises zur Müllentsorgung. Der Landkreis sei Träger der Abfallentsorgung. Es sei beschlossen worden, dass die Stadt keine Dienstleistung mehr für den Landkreis übernimmt. StAR Karow erwidert, dass ihr ein solcher Beschluss nicht bekannt sei. Bescheide würden auch nicht erstellt, sondern die Fragebögen lediglich an den Landkreis weitergereicht. Es habe aufgrund mangelhaften Datenbestandes viele Fehler gegeben. Die im Jahr 2003 durchgeführte Befragung sei leider nicht flächendeckend gewesen.
- e) Herr de Boer bemängelt, dass nur gut situierten Norderneyern der Erwerb von Immobilien von den WBN möglich gewesen sei. BM Salverius meint, dass das nicht für alle Immobilien gegolten habe.
- f) Herr Jentsch fragt, ob die LBBW noch an der Finanzierung des Fünf-Sterne-Hotel interessiert sei. BM Salverius antwortet, dass zunächst die Verhältnisse dort geklärt werden müssen.

29. Schließung der öffentlichen Sitzung  
RV Bakker-Dinkla schließt die öffentliche Sitzung.

(Salverius)  
Bürgermeister

(Bakker-Dinkla)  
Ratsvorsitzende

(Müller)  
Protokollführerin

## **Ratssitzung am 28.10.2008**

### Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Der Ostfriesische Kurier hat zurückliegend einmal einen Vergleich über die Kultur im Umgang mit der Öffentlichkeit zwischen Juist und Norderney gezogen. Dabei ist unsere Insel gut weg gekommen. Weil wir fortlaufend in und aus den Gremien – auch den nichtöffentlichen wie z.B. den Aufsichtsräten – berichten, kann ich es hier kurz machen.

Beginnen möchte ich wieder einmal mit dem Krankenhaus. Die Lage ist schwierig, sie wird es auch weiter bleiben. Der Antrag auf Sicherstellung des Krankenhausstandortes Norderney ist bei den Krankenkassen gestellt. Bei der Prüfung handelt es sich jedoch nicht nur um einen formalen Vorgang zwischen dem Träger und den Kassen. Vielmehr dürfen wir als Stadt Norderney für unsere Bürger, Gäste und viele Gesundheitssuchende hoffen und erwarten, dass die Besonderheiten einer Insellage in der Prüfung ausreichend gewürdigt werden. Es geht neben dem Geld nämlich üblicherweise gerade im Gesundheitswesen um Menschen. Deshalb werden wir uns weiter für den Erhalt unseres Inselkrankenhauses einsetzen.

Nach dem die Maßnahme Conversationshaus abgeschlossen ist, haben wir uns dem nächsten Sorgenkind, dem Haus der Insel, zugewandt. Während die Bausubstanz über die Jahrzehnte des Bestehens ausgezehrt wurde, war es bislang noch möglich die finanzielle Unterdeckung zu verkraften. Dies und gar die Übernahme neuer Lasten aus einer Sanierung werden in den nächsten Jahren nicht mehr machbar sein. Deshalb ist eine tragfähige Entscheidung zur Zukunft erforderlich.

Während ein Arbeitskreis bekanntlich Empfehlungen zum Abriss und für die Folgezeit gegeben hat, ist die Diskussion in den Fraktionen noch nicht zum Abschluss gekommen. Es ist allzu verständlich, dass man dem Angebot des großen Saales nachhängt. Er verursacht andererseits aber auch gerade das Problem. Einfach zu lösen ist das Thema nicht. Schließlich sind bei allen Ideen immer die Einschränkungen und Auswirkungen eines in sich geschlossenen Inselraumes/Inselmarktes zu bedenken.

Ich gehe davon aus, dass wir noch im November zu einer Entscheidung über den Abriss oder Erhalt des Gebäudes kommen. Bis auf die Meinungsbildung in einer Fraktion, die leider erst jetzt noch weitere Unterlagen angefordert hat, obwohl die Verwaltung dies seit Wochen anbietet, scheinen die Beratungen auf er Zielgrade zu sein.

Zu einem Ende gekommen ist auch die Diskussion um eine Fortentwicklung der insularen Verkehrsregelungen zum Schutz der Bevölkerung in einem Kurort vor Lärm und Abgasen nicht. So definiert es bekanntlich die Straßenverkehrsordnung. Da das Thema sehr vielschichtig ist, konnte auch nicht wirklich erwartet werden, dass es mit einem flinken Beschluss in einem Fachausschuss ad acta gelegt werden kann.

Übereinstimmung gibt es darin, dass die Erwartungen des Tourismus als unsere Lebensgrundlage zuvorderst berücksichtigt werden. Unterschiede gibt es darin, wie diese Vorgabe praktisch zu erreichen ist. In den nächsten gut zwei Monaten muss das Thema auf den Punkt gebracht werden. Andernfalls sind Änderungen in 2009 kaum mehr realisierbar. Der Rat wird sich nachher mit der Sache befassen.

Kummer macht uns die finanziell nicht gesicherte Finanzierung des Info-Pavillons am Parkplatz Oase. Darin sollten neben einem Offshore-Info-Center auch andere Infrastrukturen neu hergestellt werden. Nach dem Stand der Beratung werden wir - bis auf einen jedenfalls erforderlichen Wetterunterstand - verzichten müssen.

Stattdessen bekommt die Idee zum Neubau eines Nationalparkhauses ein wenig Konturen. Zu denkbaren Finanzierungen gab es erste Kontakte, so dass es Sinn macht in dieser Sache am Ball zu bleiben. Denkbar wäre es insofern auch, die Finanzbeteiligungen der Offshore-Unternehmungen in eine neue dauerhafte Einrichtung umzuleiten.

Gedanken machen wir uns natürlich auch, wenn entgegen der Versicherung von Frau Bürgermeisterin Schlag nun doch wieder andere Parklösungen für die Inselverkehre auf dem Festland diskutiert werden, die u.E. weder realistisch noch akzeptabel erscheinen.

Bedenklich stimmen uns in diesem Zusammenhang ebenfalls Vermutungen über das Vorgehen der Deutschen Bahn im Umgang mit Fernverbindungen. Befürchtet wird eine weitere Reduzierung. Aus der Region gibt es bereits Bemühungen Licht ins Dunkel zu bringen. Diese müssen wir dringend unterstützen.

Gestatten Sie mir abschließend ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen der Gruppe FWN/Budde – oder besser vielleicht Herrn Moroni – zu dem Themenkomplex „Norderneyer Grundstücksmarkt“. Während sich Herr Moroni offensichtlich in einem anderen, seinem Land wähnt, hat die Mehrheit der Entscheidungsträger nichts anderes getan, als die sich täglich auf unserer Insel zeigende Realität zur Grundlage des Handelns zu machen. Wir wollen nämlich handeln, nicht zuschauen und auch nicht Belehrungen über das Bundes- oder Kommunalverfassungsrecht über uns ergehen lassen. Herr Moroni beschreibt leider Welten, um die es nicht geht. Fakt ist, dass derzeit vom Land eine Reihe Grundstücke zur Bebauung angeboten werden, bei denen ein Tätigwerden der Kommune aus verschiedenen Gründen Sinn macht. Es ist doch fremd anzunehmen, künftig würden Grundstücke nur noch von städtischen Gesellschaften gekauft, mit Eigentumswohnungen bebaut und weiter verkauft. Wem wollen Sie einen solchen Unsinn glauben machen?

Unsere Aufsichtsbehörde hat mit dem beschlossenen Vorgehen jedenfalls keine Probleme. Sie sollten eher zusehen, dass Sie bei dem Thema Haus der Insel auf den Punkt kommen, damit es weiter geht. Ihre Ergüsse kosten Zeit, damit Geld und Nerven.